

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 14	MONTAG, DEN 18. MAI	1998
Tag	Inhalt	Seite
28. 4. 1998	Bergverordnung über den arbeitssicherheitlichen und den betriebsärztlichen Dienst	57
5. 5. 1998	Verordnung über das Eintragungs- und Lösungsverfahren nach dem Hamburgischen Gesetz über das Ingenieurwesen	65

Bergverordnung über den arbeitssicherheitlichen und den betriebsärztlichen Dienst

Vom 28. April 1998

Auf Grund des § 65 Satz 1 Nummer 1, des § 66 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b, Nummer 4 Buchstabe c, Nummer 6 und Nummer 10 Buchstabe a sowie des § 68 Absatz 1, in Verbindung mit § 126 Absatz 1 Satz 1 und § 126 Absatz 3 und § 128 und § 129 Absatz 1 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (Bundesgesetzblatt I Seite 1310), zuletzt geändert am 26. Januar 1998 (Bundesgesetzblatt I Seite 164), und in Verbindung mit § 1 der Verordnung über den Erlaß von Bergverordnungen nach dem Bundesberggesetz vom 15. Dezember 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 357) wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für Betriebe, die dem Geltungsbereich des Bundesberggesetzes unterliegen. Ausgenommen sind Bohrungen nach § 127 des Bundesberggesetzes und Betriebe im Bereich des Festlandsockels.

§ 2

Grundsatz

(1) Der Unternehmer hat zu seiner Unterstützung bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zur Verbesserung des Arbeitsschutzes einschließlich der Vermeidung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren und der Unfallverhütung im Betrieb nach Maßgabe dieser Verordnung einen arbeitssicherheitlichen und einen betriebsärztlichen Dienst einzurichten.

(2) Der arbeitssicherheitliche und der betriebsärztliche Dienst können als betrieblicher Dienst, als außerbetrieblicher Dienst oder nach Maßgabe des § 6 Absatz 5 und des § 11 Absatz 2 organisiert sein. Dienst im Sinne dieser Verordnung ist die Zusammenfassung

1. des Personals an Fachkräften für Arbeitssicherheit oder Betriebsärztinnen oder Betriebsärzten,
 2. des Hilfspersonals und
 3. der Einrichtungen,
- soweit Personal und Einrichtungen in dieser Verordnung vorgesehen sind.

(3) Der Unternehmer hat die Fachkräfte für Arbeitssicherheit und die Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und sie über Gefährdungen, denen Beschäftigte an den jeweiligen Arbeitsstätten ausgesetzt sind, zu unterrichten. Er muß die Fachkräfte für Arbeitssicherheit und die Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte

auch über den Einsatz von Personen unterrichten, die über einen befristeten Arbeitsvertrag verfügen oder die ihm zur Arbeitsleistung überlassen sind.

I.

Arbeitssicherheitlicher Dienst

§ 3

Personal

(1) Zum arbeitssicherheitlichen Personal gehören

1. Fachkräfte für Arbeitssicherheit,
 2. sicherheitstechnisches Hilfspersonal.
- (2) Fachkräfte für Arbeitssicherheit nach Absatz 1 Nummer 1 sind
1. besondere Fachkräfte für Arbeitssicherheit:
 - a) Sicherheitsingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure,
 - b) Sicherheitstechnikerinnen oder Sicherheitstechniker und -meisterinnen oder -meister,
 - c) sonstige Sicherheitsfachkräfte;
 2. verantwortliche Personen für besondere sicherheitliche Aufgaben nach Maßgabe anderer Bergverordnungen, wenn und soweit ihnen Aufgaben nach § 4 Absatz 1 übertragen worden sind.
- (3) Sicherheitstechnisches Hilfspersonal nach Absatz 1 Nummer 2, wie Probenehmerinnen oder Probenehmer und Meßgehilfinnen oder Meßgehilfen, ist verpflichtet, seine Tätigkeit fachlich nach den Weisungen der Fachkräfte für Arbeitssicherheit auszuüben.
- (4) Gehören zum arbeitssicherheitlichen Dienst mehrere Fachkräfte für Arbeitssicherheit, so muß einem von ihnen die Leitung übertragen werden.

§ 4

Aufgaben

- (1) Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben in dem ihnen übertragenen Aufgabenbereich
1. den Unternehmer und die verantwortlichen Personen bei der Planung und Führung des Betriebes hinsichtlich der Betriebsanlagen, Betriebseinrichtungen, Betriebsmittel, persönlichen Schutzausrüstungen, Verfahren und des Betriebsablaufs zu beraten, soweit dies für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung aus sicherheitlichen Gründen erforderlich ist,
 2. den Unternehmer bei der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren sowie von Betriebsstoffen, insbesondere von Gefahrstoffen, zu beraten,
 3. die Durchführung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung durch regelmäßige Befahrungen zu beobachten,
 4. den Unternehmer und die zuständigen verantwortlichen Personen über die festgestellten oder voraussehbaren Mängel zu unterrichten und Vorschläge zur Behebung der Mängel zu unterbreiten,
 5. Anregungen der Beschäftigten mit dem Ziel einer Verbesserung der Arbeitssicherheit entgegenzunehmen,
 6. den Ursachen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten nachzugehen und die Ergebnisse auszuwerten,
 7. bei der Unterweisung der Beschäftigten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mitzuwirken,

8. das Hilfspersonal zu unterweisen,
9. auf die Instandhaltung der arbeitssicherheitlichen Einrichtungen hinzuwirken.

(2) Den für besondere sicherheitliche Aufgaben bestellten verantwortlichen Personen können innerhalb ihres Verantwortungsbereichs Aufgaben nach Absatz 1 übertragen werden; ihre Aufgaben nach Maßgabe anderer Bergverordnungen bleiben unberührt.

(3) Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind bei der Anwendung ihrer arbeitssicherheitlichen Fachkunde im Rahmen der Aufgaben nach Absatz 1 weisungsfrei; sie dürfen wegen der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben nicht benachteiligt werden.

§ 5

Fachkunde

(1) Der Unternehmer darf als Fachkräfte für Arbeitssicherheit nur Personen berufen, die über die zur Erfüllung der ihnen zu übertragenden Aufgaben erforderliche arbeitssicherheitliche Fachkunde verfügen.

(2) Die Fachkunde der besonderen Fachkräfte für Arbeitssicherheit nach § 3 Absatz 2 Nummer 1 muß durch eine Ausbildung erworben sein, die nach einem dem Oberbergamt anzuzeigenden Plan erfolgt ist; sie kann auch durch Ausbildung bei dem für den Betrieb zuständigen Unfallversicherungsträger oder durch eine anderweitige Ausbildung erworben werden, die vom Oberbergamt als ausreichend anerkannt ist. Voraussetzung für die Berufung ist eine mindestens zweijährige geeignete praktische Tätigkeit.

(3) Das Bergamt kann dem Unternehmer gestatten, auch solche Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu berufen, die noch nicht über die Fachkunde im Sinne der Absätze 1 und 2 verfügen, wenn der Unternehmer diese Personen in einer vom Bergamt festzulegenden Frist entsprechend ausbilden läßt.

(4) Sicherheitsingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure müssen berechtigt sein, die Berufsbezeichnung „Ingenieurin“ oder „Ingenieur“ zu führen. Das Bergamt kann im Einzelfall zulassen, daß anstelle einer Sicherheitsingenieurin oder eines Sicherheitsingenieurs eine Person berufen werden darf, die zur Erfüllung der sich aus § 4 ergebenden Aufgaben über die entsprechende Fachkunde verfügt.

§ 6

Berufung

(1) Der Unternehmer hat Fachkräfte für Arbeitssicherheit (§ 3 Absatz 2) in der Zahl zu berufen, daß die sich für seinen Betrieb aus Anlage 1 ergebenden Mindestanforderungen erfüllt werden. Eine Fachkraft im Sinne von § 3 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a kann ganz oder teilweise an die Stelle von Fachkräften im Sinne von § 3 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b oder c und eine Fachkraft im Sinne von § 3 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe b ganz oder teilweise an die Stelle von Fachkräften im Sinne von § 3 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe c treten. Zur Unterstützung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit hat der Unternehmer Hilfspersonal in erforderlichem Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Verpflichtung des Unternehmers zur Bestellung von verantwortlichen Personen für besondere sicherheitliche Aufgaben (§ 3 Absatz 2 Nummer 2) bleibt unberührt.

(2) Das Bergamt kann im Einzelfall abweichend von Absatz 1

1. zustimmen, daß verantwortliche Personen für besondere sicherheitliche Aufgaben (§ 3 Absatz 2 Nummer 2) ganz

oder teilweise an die Stelle von besonderen Fachkräften für Arbeitssicherheit im Sinne von § 3 Absatz 2 Nummer 1 treten,

2. eine größere Zahl von Einsatzstunden für Fachkräfte für Arbeitssicherheit verlangen, wenn dies
 - a) die Betriebsart und die damit verbundenen Unfall- und Gesundheitsgefahren,
 - b) die Zahl und die Zusammensetzung der Beschäftigten,
 - c) die Betriebsorganisation, insbesondere im Hinblick auf die Zahl und die Art der für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Personen,
 zur Erfüllung von Aufgaben nach § 4 erfordern, oder
3. einer geringeren Zahl von Einsatzstunden für Fachkräfte für Arbeitssicherheit auf Antrag des Unternehmers zustimmen, wenn diese unter Berücksichtigung der in Nummer 2 Buchstabe a bis c aufgeführten Merkmale die Aufgaben nach § 4 erfüllen können.

(3) Einer Zustimmung nach Absatz 2 Nummer 3 bedarf die Anwendung der in der Anlage 1 für eine bestimmte Zahl von Beschäftigten (Beschäftigtengruppe) vorgeschriebenen Einsatzstunden dann nicht, wenn die Zahl der Beschäftigten im Einzelfall die in der Anlage 1 für diese Beschäftigtengruppe vorgesehene Höchstzahl um nicht mehr als 10 vom Hundert (v. H.) überschreitet.

(4) Die Berufung als Fachkraft nach § 3 Absatz 2 muß schriftlich und unter Bezeichnung der übertragenen Aufgaben und Befugnisse vorgenommen werden.

(5) Der Unternehmer eines Betriebes mit geringer Zahl von Beschäftigten kann mit Zustimmung des Bergamtes von der Einrichtung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Dienstes absehen, wenn er

1. an Informations- und Motivationsmaßnahmen eines Unfallversicherungsträgers teilgenommen hat,
2. sich in regelmäßigen Zeitabständen in geeigneter Weise fortbilden läßt und
3. eine bedarfsgerechte und qualifizierte Beratung in Fragen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes nachweist.

Über die Erteilung der Zustimmung entscheidet das Bergamt nach Beteiligung des für den Betrieb zuständigen Unfallversicherungsträgers.

§ 7

Einrichtungen

Der Unternehmer hat im Rahmen des arbeitssicherheitslichen Dienstes Einrichtungen (Räume, Ausstattungen, Geräte und Mittel) in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, der nach der Art des Betriebes, insbesondere dem Grad der Gesundheits- und Unfallgefahren, und der Zahl der Beschäftigten im Betrieb erforderlich ist.

II.

Betriebsärztlicher Dienst

§ 8

Personal

(1) Zum betriebsärztlichen Personal gehören

1. Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte,
2. Hilfspersonal.

(2) Zum Hilfspersonal nach Absatz 1 Nummer 2 gehören insbesondere

1. medizinisch-technische Assistentinnen oder Assistenten,
2. Arzthelferinnen oder Arzthelfer.

(3) Gehört dem betriebsärztlichen Dienst eine hauptberuflich tätige Betriebsärztin oder ein hauptberuflich tätiger Betriebsarzt an, so ist dieser oder diesem die Leitung zu übertragen. Sind mehrere hauptberuflich tätige Ärztinnen oder Ärzte vorhanden, so ist eine oder einer mit der Leitung zu betrauen.

(4) Das Hilfspersonal ist verpflichtet, seine Tätigkeit nach den Weisungen der Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte auszuführen, denen es zugewiesen ist.

§ 9

Aufgaben

(1) Die Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte haben in dem ihnen übertragenen Aufgabenbereich

1. den Unternehmer und die verantwortlichen Personen zu beraten, insbesondere bei
 - a) der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen und von sozialen und sanitären Einrichtungen,
 - b) der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren sowie von Betriebsstoffen, insbesondere von Gefahrstoffen,
 - c) der Auswahl und Erprobung von persönlichen Schutzausrüstungen,
 - d) arbeitsphysiologischen, arbeitspsychologischen und sonstigen ergonomischen sowie arbeitshygienischen Fragen, insbesondere des Arbeitsrhythmus, der Arbeitszeit und der Pausenregelung, der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung,
 - e) Fragen des Arbeitsplatzwechsels sowie der Eingliederung und Wiedereingliederung Behinderter in den Arbeitsprozeß,
2. die Beschäftigten zu untersuchen und arbeitsmedizinisch – auch im Hinblick auf den Arbeitseinsatz – zu beurteilen, soweit dies zur Verhütung von Gesundheitsgefahren durch die Arbeit erforderlich ist, sowie die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten,
3. die Durchführung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie der Unfallverhütung zu beobachten und im Zusammenhang damit
 - a) die Arbeitsplätze in regelmäßigen Abständen zu befahren und festgestellte Mängel dem Unternehmer oder den verantwortlichen Personen mitzuteilen und Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel vorzuschlagen,
 - b) Ursachen von arbeitsbedingten Erkrankungen zu untersuchen, die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten und dem Unternehmer Maßnahmen zur Verhütung dieser Erkrankungen vorzuschlagen,
4. die Beschäftigten über Gesundheitsgefahren, denen sie bei der Arbeit ausgesetzt sind, sowie über Einrichtungen und Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahren zu belehren und bei der Einsatzplanung und Schulung des betriebsärztlichen Hilfspersonals und der Unterweisung in „Erster Hilfe“ mitzuwirken,

5. bei der Organisation und Durchführung des ärztlichen Hilfswerks nach Maßgabe anderer Rechtsvorschriften mitzuwirken.

(2) Von den Betriebsärztinnen oder Betriebsärzten nach anderen Rechtsvorschriften wahrzunehmende und von dieser Verordnung nicht erfaßte arbeitsmedizinische Tätigkeiten bleiben unberührt. Die auf Vorsorgeuntersuchungen nach der Gesundheitsschutz-Bergverordnung, Klima-Bergverordnung und Festlandsockel-Bergverordnung entfallenden Einsatzzeiten sind auf die Einsatzzeiten nach dieser Verordnung anzurechnen; dies gilt nicht für nachgehende Untersuchungen gemäß § 2 Absatz 4 Gesundheitsschutz-Bergverordnung.

(3) Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte sind nur ihrem ärztlichen Gewissen unterworfen, haben die Regeln der ärztlichen Schweigepflicht zu beachten, sind bei der Anwendung ihrer arbeitsmedizinischen Fachkunde im Rahmen der Aufgaben nach Absatz 1 weisungsfrei und dürfen wegen der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben nicht benachteiligt werden.

(4) Der Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, daß im Rahmen des betriebsärztlichen Dienstes die Einrichtungen dieses Dienstes, die Einrichtungen für die „Erste Hilfe“ sowie die sanitären Einrichtungen instand gehalten werden.

§ 10

Fachkunde

(1) Der Unternehmer darf als Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte nur Personen berufen, die zur Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt und mit den Verhältnissen der Betriebe vertraut sind sowie über die zur Erfüllung der ihnen zu übertragenden Aufgaben erforderliche arbeitsmedizinische Fachkunde verfügen.

(2) Die Anforderungen an die Fachkunde des Hilfspersonals richten sich nach den Ausbildungsordnungen für die Berufe der in § 8 Absatz 2 aufgeführten Personen oder besonders dem Oberbergamt anzuzeigenden Plänen.

(3) Das Oberbergamt kann dem Unternehmer gestatten, auch solche Ärztinnen oder Ärzte als Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte zu berufen, die noch nicht über die erforderliche Fachkunde im Sinne von Absatz 1 verfügen und noch nicht mit den Verhältnissen der Betriebe vertraut sind, wenn der Unternehmer sich verpflichtet, die Anforderungen nach Absatz 1 innerhalb einer festzulegenden Frist zu erfüllen.

§ 11

Berufung

(1) Der Unternehmer hat Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte in der Zahl zu berufen, daß die sich für seinen Betrieb aus Anlage 2 ergebenden Mindestanforderungen erfüllt werden. Zur Unterstützung der Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte hat der Unternehmer Hilfspersonal in erforderlichem Umfang zur Verfügung zu stellen.

(2) § 6 Absätze 2 bis 5 gilt entsprechend.

§ 12

Einrichtungen

(1) Für den betriebsärztlichen Dienst müssen folgende Räume mit der erforderlichen Ausstattung einschließlich Geräten zur Verfügung stehen:

1. Arzt-, Warte- und Umkleideraum,
2. Röntgenraum,
3. Funktionslabor,
4. medizinisches Labor.

(2) Im übrigen gilt für Einrichtungen § 7 entsprechend.

III.

Sonstige Vorschriften

§ 13

Fortbildung

Der Unternehmer hat unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange den Fachkräften für Arbeitssicherheit und den Betriebsärztinnen oder Betriebsärzten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Fortbildung zu ermöglichen.

§ 14

Zusammenarbeit

(1) Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit und die Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben untereinander und mit der örtlichen Betriebsleitung zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit nach Satz 1 erstreckt sich auch auf andere im Betrieb für Angelegenheiten der technischen Sicherheit sowie des Gesundheits- und Umweltschutzes beauftragte Personen.

(2) Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit und die Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte haben im Rahmen ihrer Aufgaben mit dem Betriebsrat zusammenzuarbeiten, ihn über wichtige Angelegenheiten des Arbeitsschutzes zu unterrichten und ihn auf Verlangen zu beraten.

(3) Können sich die Fachkräfte für Arbeitssicherheit oder die Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte über eine von ihnen vorgeschlagene sicherheitstechnische oder arbeitsmedizinische Maßnahme mit der örtlichen Betriebsleitung nicht verständigen, so können sie ihren Vorschlag unmittelbar dem Unternehmer unterbreiten. Ist für einen Betrieb oder ein Unternehmen eine leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit oder eine leitende Betriebsärztin oder ein leitender Betriebsarzt bestellt, so steht dieser oder diesem das Vorschlagsrecht nach Satz 1 zu. Lehnt der Unternehmer den Vorschlag ab, so hat der Unternehmer dies den Vorschlagenden schriftlich mitzuteilen und zu begründen; der Betriebsrat erhält eine Abschrift.

§ 15

Arbeitsschutzausschuß

(1) Der Unternehmer hat entsprechend den betrieblichen Gegebenheiten mindestens einen Arbeitsschutzausschuß zu bilden. Diesem Ausschuß müssen der Unternehmer, die örtliche Betriebsleitung sowie Vertreterinnen oder Vertreter des Betriebsrates, der Fachkräfte für Arbeitssicherheit, der Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte und der Sicherheitsbeauftragten nach § 22 Sozialgesetzbuch VII angehören. Der Arbeitsschutzausschuß hat die Aufgabe, Anliegen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beraten. Der Arbeitsschutzausschuß tritt mindestens einmal vierteljährlich zusammen.

(2) Auf die Bildung eines Arbeitsschutzausschusses kann bei Betrieben mit weniger als 21 Beschäftigten verzichtet werden.

IV.

Schlußbestimmungen

§ 16

Bekanntgabe der Verordnung

(1) Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, daß je ein Abdruck dieser Verordnung den Fachkräften für Arbeitssicherheit, den Betriebsärztinnen oder Betriebsärzten, den verantwortlichen Personen und dem Betriebsrat ausgehändigt wird.

(2) Die Verordnung ist an geeigneter Stelle im Betrieb auszulegen oder auszuhängen.

§ 17

Übertragung der Verantwortlichkeit

Der Unternehmer kann mit Ausnahme der Verpflichtung nach § 15 Absatz 1 Satz 1 die Pflichten, die sich für ihn aus dieser Verordnung ergeben, ganz oder teilweise auf verantwortliche Personen übertragen.

§ 18

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 145 Absatz 3 Nummer 2 des Bundesberggesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Absatz 3 seiner Unterrichtungspflicht nicht nachkommt,
2. entgegen § 5 als Fachkraft für Arbeitssicherheit eine Person beruft, die nicht über die erforderliche arbeitssicherheitliche Fachkunde verfügt,

3. Fachkräfte für Arbeitssicherheit nicht in der nach § 6 Absatz 1 erforderlichen Zahl beruft,
4. einem Verlangen des Bergamts nach § 6 Absatz 2 Nummer 2 nicht nachkommt,
5. der Vorschrift des § 6 Absatz 4 über die Berufung als Fachkraft für Arbeitssicherheit zuwiderhandelt,
6. als Betriebsärztin oder Betriebsarzt eine Person beruft, die nicht die nach § 10 erforderlichen Voraussetzungen erfüllt,
7. Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte nicht in der nach § 11 Absatz 1 erforderlichen Zahl beruft,
8. einem Verlangen des Bergamtes nach § 11 Absatz 2 in Verbindung mit § 6 Absatz 2 Nummer 2 nicht nachkommt,
9. der Vorschrift des § 11 Absatz 2 in Verbindung mit § 6 Absatz 4 über die Berufung als Betriebsärztin oder Betriebsarzt zuwiderhandelt,
10. seinen Bekanntgabepflichten nach § 16 nicht oder nicht vollständig nachkommt.

§ 19

Inkrafttreten, Aufhebung anderer Vorschriften

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1998 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Bergverordnung über einen arbeitssicherheitlichen und betriebsärztlichen Dienst für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 6. November 1974 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1974 Seite 337, 1975 Seite 7) in der geltenden Fassung außer Kraft.

Clausthal-Zellerfeld, den 28. April 1998.

O b e r b e r g a m t
für die Freie und Hansestadt Hamburg

Anlage 1

**Einsatzstunden je Jahr der Fachkräfte für Arbeitssicherheit
in Abhängigkeit von der Anzahl der Beschäftigten**

a) Steinkohlenbergbau

Einsatzstunden je Jahr				
Anzahl der Beschäftigten (Beschäftigtengruppe)	Sicherheits- ingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure	Sicherheits- technikerinnen oder Sicherheitstechniker und Sicherheitsmeisterinnen oder Sicherheitsmeister	Sonstige Sicherheitsfachkräfte	Summen
1 – 20	–	–	320	320
21 – 50	–	400	400	800
51 – 100	200	600	800	1 600
101 – 200	400	1 200	1 600	3 200
201 – 300	800	1 600	2 400	4 800
301 – 500	1 600	2 400	4 000	8 000
501 – 1000	1 600	4 800	5 600	12 000
1001 – 1500	2 400	5 600	6 400	14 400
1501 – 2000	3 200	6 400	8 000	17 600
2001 – 2500	3 200	7 200	8 800	19 200
2501 – 3000	4 000	7 200	9 600	20 800
3001 – 3500	4 000	8 000	10 400	22 400
3501 – 4000	4 800	8 000	11 200	24 000
4001 – 5000	6 400	9 600	12 000	28 000
über 5000	6 400	11 200	14 400	32 000

b) Kokereien, Zentrale Dienste, Zechen- und Hafenbahnen, Kraftwerke im Steinkohlenbergbau

Einsatzstunden je Jahr				
Anzahl der Beschäftigten (Beschäftigtengruppe)	Sicherheits- ingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure	Sicherheits- technikerinnen oder Sicherheitstechniker und Sicherheitsmeisterinnen oder Sicherheitsmeister	Sonstige Sicherheitsfachkräfte	Summen
1 – 10	–	–	64	64
11 – 20	–	–	128	128
21 – 50	–	–	320	320
51 – 100	32	288	320	640
101 – 200	96	464	640	1 200
201 – 300	192	608	800	1 600
301 – 500	800	800	800	2 400
501 – 1000	1 600	800	1 600	4 000
1001 – 1500	1 600	1 600	1 600	4 800
1501 – 2000	1 600	1 600	2 400	5 600
über 2000	2 400	1 600	2 400	6 400

c) Erzbergbau, Braunkohlentiefbau

Einsatzstunden je Jahr

Anzahl der Beschäftigten (Beschäftigtengruppe)	Sicherheits- ingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure	Sicherheits- technikerinnen oder Sicherheitstechniker und Sicherheitsmeisterinnen oder Sicherheitsmeister	Sonstige Sicherheitsfachkräfte	Summen
1 – 20	–	–	240	240
21 – 50	–	200	400	600
51 – 100	96	384	720	1200
101 – 200	384	480	1056	1920
201 – 300	720	800	1120	2640
301 – 400	800	800	1760	3360
401 – 500	1600	800	1680	4080
501 – 600	1600	1200	1920	4720
601 – 700	1600	1440	2240	5280
701 – 800	1600	1600	2480	5680
801 – 900	1600	1600	2880	6080
901 – 1000	1600	1600	3200	6400

d) Salzbergbau, Braunkohlenbergbau, Erdöl- und Erdgasbergbau

Einsatzstunden je Jahr

Anzahl der Beschäftigten (Beschäftigtengruppe)	Sicherheits- ingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure	Sicherheits- technikerinnen oder Sicherheitstechniker und Sicherheitsmeisterinnen oder Sicherheitsmeister	Sonstige Sicherheitsfachkräfte	Summen
1 – 10	–	–	48	48
11 – 20	–	–	96	96
21 – 60	–	64	176	240
51 – 100	8	128	344	480
101 – 200	48	192	480	720
201 – 300	96	256	608	960
301 – 400	240	400	640	1280
401 – 500	400	400	800	1600
501 – 600	480	480	960	1920
601 – 700	560	560	1120	2240
701 – 800	640	640	1280	2560
801 – 900	720	720	1440	2880
901 – 1000	800	800	1600	3200
1001 – 1250	800	1200	1600	3600
1251 – 1500	800	1600	1600	4000
1501 – 1750	1200	1600	1600	4400
1751 – 2000	1600	1600	1600	4800
2001 – 2500	1600	1600	2200	5400
2501 – 3000	2400	1600	2000	6000
3001 – 3500	2400	1600	2600	6600
3501 – 4000	3200	1600	2400	7200
über 4000	3200	3200	3200	9600

e) Sonstiger Bergbau unter Tage

Einsatzstunden je Jahr

Anzahl der Beschäftigten (Beschäftigtengruppe)	Sicherheits- ingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure	Sicherheits- technikerinnen oder Sicherheitstechniker und Sicherheitsmeisterinnen oder Sicherheitsmeister	Sonstige Sicherheitsfachkräfte	Summen
1 – 10	–	–	96	96
11 – 20	–	–	192	192
21 – 50	–	128	352	480
51 – 100	32	256	672	960
101 – 200	320	400	720	1440
201 – 300	800	400	800	2000
301 – 400	1200	400	800	2400
401 – 500	1600	400	800	2800
über 500	2000	400	800	3200

f) Sonstiger Bergbau über Tage (Tagebau)

Einsatzstunden je Jahr

Anzahl der Beschäftigten (Beschäftigtengruppe)	Sicherheits- ingenieurinnen oder Sicherheitsingenieure	Sicherheits- technikerinnen oder Sicherheitstechniker und Sicherheitsmeisterinnen oder Sicherheitsmeister	Sonstige Sicherheitsfachkräfte	Summen
1 – 10	–	–	32	32
11 – 20	–	–	64	64
21 – 50	–	32	128	160
51 – 100	8	64	248	320
101 – 200	16	128	496	640
201 – 300	32	192	576	800
301 – 400	48	256	656	960
401 – 500	64	320	736	1120
über 500	80	384	816	1280

Anlage 2**Einsatzminuten je Beschäftigte oder Beschäftigten und Jahr
der Betriebsärztinnen oder Betriebsärzte**

a) Steinkohlenbergbau	45 Minuten	} mindestens aber 480 Einsatzminuten je Betrieb und Jahr
b) Erzbergbau	40 Minuten	
Braunkohlentiefbau	40 Minuten	
c) Sonstiger Bergbau unter Tage	35 Minuten	
d) Salzbergbau	25 Minuten	
Braunkohlentagebau	25 Minuten	
Erdöl- und Erdgasbergbau	25 Minuten	
Sonstiger Bergbau über Tage (Tagebau)	25 Minuten	

Verordnung über das Eintragungs- und Lösungsverfahren nach dem Hamburgischen Gesetz über das Ingenieurwesen

Vom 5. Mai 1998

Auf Grund von § 28 Absatz 1 Nummer 2 des Hamburgischen Gesetzes über das Ingenieurwesen (HmbIngG) vom 10. Dezember 1996 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 321) wird verordnet:

§ 1

Eintragungsanträge und Anzeige

(1) Für die Anträge auf Eintragung in die von der Ingenieurkammer – Bau zu führenden Listen und die Anzeige nach § 3 sind Vordrucke zu verwenden, die vom Eintragungsausschuß im Einvernehmen mit dem Vorstand der Ingenieurkammer – Bau oder, solange dieser noch nicht gewählt ist, im Einvernehmen mit dem Gründungsausschuß herausgegeben werden.

(2) Reichen die vorgelegten Unterlagen zur Beurteilung der Eintragungsvoraussetzungen nicht aus, so kann der Eintragungsausschuß Tätigkeitsbescheinigungen und fachlich geeignete eigene Arbeiten des Antragstellers nachfordern.

§ 2

Eintragungsantrag für die Listen der Beratenden Ingenieurinnen und der Beratenden Ingenieure

(1) Der Antrag auf Eintragung in die Listen der Beratenden Ingenieurinnen und Beratenden Ingenieure nach § 9 HmbIngG muß mindestens enthalten: Angaben über den Namen der Antragstellerin oder des Antragstellers, das Datum und den Ort der Geburt, den Wohnsitz – gegebenenfalls auch die Nebenwohnung –, den Ort der beruflichen Niederlassung oder der Berufsausübung, die Staatsangehörigkeit, die Anzahl der Beschäftigten der Antragstellerin oder des Antragstellers sowie die Zahl und die Art der dem Antrag beigefügten Unterlagen.

(2) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. ein Nachweis über den Wohnsitz – gegebenenfalls auch Nebenwohnung – (Meldebescheinigung), über den Ort einer beruflichen Niederlassung oder der Berufsausübung,
2. ein Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieurin oder Ingenieur nach Teil I des Hamburgischen Gesetzes über das Ingenieurwesen,
3. Nachweise, aus denen sich bei im Bauwesen tätigen Ingenieurinnen und Ingenieuren die Fachrichtung im Sinne des § 8 Absatz 2 HmbIngG und bei sonstigen Ingenieurinnen und Ingenieuren die sonstige Fachrichtung ergibt,
4. Nachweise über eine praktische Tätigkeit als Ingenieurin oder Ingenieur von mindestens drei Jahren vor Antragstellung mit Angaben über Art, Dauer und Ort der Tätigkeit sowie über etwaige Arbeitgeber,
5. Nachweise über eine im Zeitpunkt der Antragstellung eigenverantwortliche und unabhängige Tätigkeit im Sinne des § 12 HmbIngG,
6. folgende Erklärungen der Antragstellerin oder des Antragstellers:
 - a) daß ihr oder ihm nicht nach § 70 des Strafgesetzbuches die Ausübung der Berufsaufgaben einer Ingenieurin oder eines Ingenieurs verboten und nicht nach § 35

Absatz 1 der Gewerbeordnung die Ausübung der selbständigen Ingenieur Tätigkeit untersagt ist,

- b) ob sie oder er infolge gerichtlicher Anordnung über ihr oder sein Vermögen beschränkt ist und
- c) ob innerhalb der letzten fünf Jahre vor Antragstellung
 - aa) sie oder er wegen eines Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt worden ist, gegebenenfalls wegen welchen Verbrechens oder Vergehens
 - bb) von ihr oder ihm eine eidesstattliche Versicherung nach § 807 der Zivilprozeßordnung abgegeben wurde,
 - cc) ein Konkursverfahren über ihr oder sein Vermögen eröffnet wurde oder mangels Masse nicht eröffnet werden konnte und ob
 - dd) ein Vergleichsverfahren über ihr oder sein Vermögen zur Abwendung des Konkurses eröffnet wurde.

§ 3

Anzeige nach § 7 Absatz 3 HmbIngG und Eintragung in das Verzeichnis der auswärtigen Beratenden Ingenieurinnen und der auswärtigen Beratenden Ingenieure

(1) Die Anzeige des erstmaligen Erbringens von Leistungen durch auswärtige Beratende Ingenieurinnen oder auswärtige Beratende Ingenieure im Sinne des § 7 Absatz 3 HmbIngG muß mindestens enthalten: Angaben über den Namen der oder des Anzeigenden, das Datum und den Ort der Geburt, den Wohnsitz – gegebenenfalls auch die Nebenwohnung –, den Ort der beruflichen Niederlassung oder der Berufsausübung, die Staatsangehörigkeit sowie die Zahl und die Art der der Anzeige beigefügten Unterlagen.

(2) Der Anzeige sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. eine Erklärung der oder des Anzeigenden, daß sie oder er nicht in eine Liste der Beratenden Ingenieurinnen und Beratenden Ingenieure eines anderen Bundeslandes eingetragen ist,
2. Bescheinigungen der zuständigen Stellen darüber, daß die oder der Anzeigende
 - a) den Beruf der Ingenieurin oder des Ingenieurs im Land des Wohnsitzes, der beruflichen Niederlassung oder des Dienst- oder Beschäftigungsortes rechtmäßig ausübt und
 - b) ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis über eine abgeschlossene Ausbildung oder eine gleichwertige Befähigung auf dem Gebiet des Ingenieurwesens besitzt,
3. die Erklärungen der Antragstellerin oder des Antragstellers nach § 2 Absatz 2 Nummer 6.

Die Bescheinigungen dürfen nicht älter als zwölf Monate sein.

(3) Für die Eintragung in das Verzeichnis der auswärtigen Beratenden Ingenieurinnen und der auswärtigen Beratenden Ingenieure sind die in den Absätzen 1 und 2 genannten Voraussetzungen zu erfüllen und darüber hinaus folgende Nachweise vorzulegen:

1. über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Beratende Ingenieurin“ oder „Beratender Ingenieur“ oder einer vergleichbaren Bezeichnung auf Grund einer gesetzlichen Regelung des Landes ihres Wohnsitzes oder ihrer Niederlassung oder
2. nach § 2 Absatz 2 Nummern 2, 4 und 5, wenn in dem Land ihres Wohnsitzes oder ihrer Niederlassung eine vergleichbare gesetzliche Regelung nicht besteht.

§ 4

Eintragungsantrag für die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieurinnen und der bauvorlageberechtigten Ingenieure

(1) Der Antrag auf Eintragung in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieurinnen und der bauvorlageberechtigten Ingenieure muß mindestens enthalten: Angaben über den Namen der Antragstellerin oder des Antragstellers, Datum und Ort der Geburt, den Wohnsitz – gegebenenfalls auch Nebenwohnung –, den Ort der beruflichen Niederlassung oder der Berufsausübung, die Staatsangehörigkeit sowie die Zahl und die Art der dem Antrag beigefügten Unterlagen.

(2) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Nachweise über die Berechtigung, als Angehörige oder Angehöriger der Fachrichtung des Bauingenieurwesens die Berufsbezeichnung „Ingenieurin“ oder „Ingenieur“ zu führen,
2. Nachweise über eine praktische Tätigkeit als Ingenieurin oder Ingenieur in der genannten Fachrichtung von mindestens drei Jahren vor Antragstellung, aus denen sich ergibt, welche Tätigkeit die Antragstellerin oder der Antragsteller bei welcher Person oder welchem Unternehmen an welchem Ort und zu welcher Zeit ausgeübt hat,
3. Erklärungen der Antragstellerin oder des Antragstellers nach § 2 Absatz 2 Nummer 6.

(3) Ist die Antragstellerin oder der Antragsteller in eine entsprechende Liste eines anderen Bundeslandes eingetragen, so genügt abweichend von Absatz 2 ein Nachweis über diese Eintragung.

(4) Ist die Antragstellerin oder der Antragsteller als Staatsangehörige oder Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum in einem anderen Mitgliedsstaat oder einem anderen Vertragsstaat auf Grund einer gesetzlichen Regelung bauvorlageberechtigt, so braucht die Antragstellerin oder der Antragsteller bei Vorlage einer diesbezüglichen Bescheinigung des betreffenden Staates, die nicht älter sein darf als 12 Monate, keine Nachweise nach Absatz 2 Nummer 2 beizufügen.

§ 5

Verfahren vor dem Eintragungsausschuß

(1) Die Mitglieder des Eintragungsausschusses sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

(2) Ein Mitglied des Eintragungsausschusses kann bis zur Entscheidung des Ausschusses über die Eintragung oder die Löschung wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Über die Ablehnung der oder des Vorsitzenden entscheidet der Ausschuß; anstelle der oder des Vorsitzenden wirkt seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter bei der Entscheidung mit. Über die Ablehnung der Stellvertreterin oder des Stellvertreters entscheidet der Ausschuß unter Mitwirkung der oder des Vorsitzenden anstelle der Stellvertreterin oder des Stellvertreters. Über die Ablehnung einer Beisitzerin oder eines Beisitzers entscheidet die oder der Vorsitzende beziehungsweise die Stellvertreterin oder der Stellvertreter. Die Sätze 2 bis 4 finden auch Anwendung, wenn ein Mitglied des Ausschusses einen Sachverhalt anzeigt, der seinen Ausschluß nach den Vorschriften des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zur Folge haben kann.

(3) Soll die oder der Betroffene auf Verlangen des Eintragungsausschusses persönlich zu einer mündlichen Verhandlung erscheinen, so ist sie oder er unter Angabe des Gegenstandes der Verhandlung zu laden. Erscheint sie oder er nicht, so kann ohne sie oder ihn verhandelt und entschieden werden, wenn in der Ladung auf die Folgen des Ausbleibens hingewiesen worden ist.

(4) Die Sitzungen des Eintragungsausschusses werden von der oder dem Vorsitzenden vorbereitet. Die oder der Vorsitzende leitet die Verhandlung und Beratung. Der Ausschuß kann Zeugen hören, Sachverständige vernehmen und ihre schriftliche Äußerung einholen.

§ 6

Anzeigepflicht der Ingenieurinnen und Ingenieure

(1) Übt eine oder ein in die von der Hamburgischen Ingenieurkammer – Bau zu führenden Listen eingetragene Ingenieurin oder eingetragener Ingenieur diesen Beruf nicht mehr aus, wechselt sie oder er die Fachrichtung oder die Beschäftigungsart oder übernimmt sie oder er neben der eigenverantwortlichen und unabhängigen Tätigkeit eine andere Berufstätigkeit, so hat sie oder er dies dem Eintragungsausschuß innerhalb eines Monats mitzuteilen. Das gleiche gilt beim Wechsel des Wohnsitzes, des Ortes der beruflichen Niederlassung oder des Ortes der Berufsausübung.

(2) Der Anzeige ist die Urkunde über die Eintragung beizufügen.

§ 7

Vorläufiger Eintragungsausschuß

Die vorstehenden Vorschriften sind für die Verfahren vor dem vorläufigen Eintragungsausschuß sinngemäß anzuwenden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 5. Mai 1998.

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.

Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Heidenkampsweg 76B, 20097 Hamburg. — Telefon: 23 51 29-0 — Telefax: 23 27 86. Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 132,- DM. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,45 DM (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer). — Beim Postbezug wird der Teil I des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes im Bedarfsfall dem Amtlichen Anzeiger als Nebenblatt im Sinne von § 8 der Postzeitungsordnung beigefügt.